



Sendung vom 30.11.2005, 20.15 Uhr

Rainer Conrad

Vizepräsident des Bayerischen Obersten Rechnungshofs und Vorsitzender der
Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten Deutschlands
im Gespräch mit Klaus Kastan

- Kastan:** Herzlich willkommen zu alpha-forum. Es gibt manchmal Gäste bei uns, die sehr wichtige Funktionen erfüllen, die vielen Experten bekannt sind, aber nicht so sehr der breiten Öffentlichkeit. Einen solchen Vertreter haben wir heute bei uns zu Gast. Drei Stichworte zu seiner Person: Rundfunkgebühren, Rechnungshof, Kunst. Ich begrüße ganz herzlich Rainer Conrad, der in diesen Bereichen wichtige Funktionen innehat. Zunächst einmal ist er der Vorsitzende der KEF. Das hört sich schön an, doch dahinter steckt ein langer Begriff: Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs von ARD und ZDF, also der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten. Das ist ein unabhängiges Gremium, wenn man das so sagen kann.
- Conrad:** Das kann man nicht nur so sagen, das ist auch so.
- Kastan:** Das ist es auch und Sie sind der Vorsitzende. Außerdem sind Sie Vizepräsident des Bayerischen Obersten Rechnungshofes, ORH in der Abkürzung. Und Ihre – wie ich vermute – schönste Aktivität besteht darin, dass Sie sich künstlerisch betätigen. Sie malen gerne. Ist das auch die angenehmste Ihrer Tätigkeiten?
- Conrad:** Das kann ich nicht unbedingt sagen, denn es ist nicht so, wie sich manche Leute das vorstellen, jedenfalls ist es das bei mir nicht. Die Leute sagen dann, "Mein Gott ist das schön, so ein entspannendes Hobby". Entspannend ist das nämlich überhaupt nicht. Ich bin da in der Regel sehr engagiert und fast verbissen, wenn irgendetwas nicht so glückt, wie ich mir das vorstelle. Es ist kein Hobby, das der Entspannung dient, dem ich sozusagen mit Gelassenheit nachgehe. Das heißt aber nicht, dass es nicht doch ein Ausgleich zu den anderen Tätigkeiten wäre.
- Kastan:** Sie müssen in Ihrem Beruf viele Akten lesen.
- Conrad:** Ja, das ist wahr. Ich gehe ja nun in Pension und zu den Dingen, auf die ich mich freue, gehört, dass ich nicht mehr dem Zwang unterliege, ständig dicke Wälzer zu studieren. Das macht zwar auch manchmal Spaß, aber im Großen und Ganzen löst es doch zunehmenden Widerwillen aus, wenn sich das alles auf dem Schreibtisch versammelt. Sie sind vorhin ein wenig über den Begriff des Bayerischen Obersten Rechnungshofes gestolpert. Da sind nicht Sie alleine, sondern das geht vielen so.
- Kastan:** Spontan hätte ich es genau umgekehrt gesagt, nämlich Oberster Bayerischer Rechnungshof.
- Conrad:** Man stolpert nicht nur darüber, sondern wir sind gelegentlich auch süffisanten Bemerkungen unserer Kollegen aus anderen Ländern oder vom Bund ausgesetzt, warum wir denn der Oberste Rechnungshof seien, ob es denn in Bayern so viele gäbe, die noch unter uns wären, usw. Die Sache ist

leicht zu erklären: Wir heißen deshalb so, weil König Max I. Joseph uns 1812 unter diesem Namen gegründet hat – was ich natürlich nicht ohne Stolz mitteile.

Kastan: Wunderbar. Wir müssen natürlich auch über den Rechnungshof sprechen, aber zunächst fangen wir vielleicht mit der KEF an, mit diesem Wortungetüm, der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten. Gemeint sind die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, also ARD und ZDF, der Deutschlandfunk, Deutsche Welle aber nicht.

Conrad: Die Deutsche Welle gehört nicht dazu. Ich sage das jetzt trotzdem, auch wenn diejenigen, die dort tätig sind, nicht begeistert sein werden: Sie gehört nicht dazu, weil die Deutsche Welle nicht in diesem Sinne eine öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt ist. Sie ist zwar in ihrer Programmgestaltung unabhängig, aber sie ist eine Bundesrundfunkanstalt, die sich nicht aus Rundfunkgebühren, sondern aus dem Bundeshaushalt "ernährt".

Kastan: Die KEF gibt es seit 1975.

Conrad: Richtig.

Kastan: Es gibt sie also seit dreißig Jahren und das ist im Grunde auch ein Jubiläum. Wenn ich mich recht erinnere, wurde sie seinerzeit gegründet, um die Ministerpräsidenten und die Landtage zu beraten im Zusammenhang mit der Höhe der Rundfunkgebühr. Sie war damals ein reines Beratungsgremium.

Conrad: Das ist richtig. Die Rundfunkgebühr war ursprünglich einmal eine Postgebühr, aber das geht in die fünfziger Jahre zurück.

Kastan: Sie wurde damals auch noch von der Post eingezogen.

Conrad: So ist es. Wir wollen auch gar nicht darüber reden, wie hoch sie damals war. Allerdings hat sie sich nicht so gewaltig entwickelt, wie manche glauben. Ich mache das immer am Semmelpreis fest: Der Semmelpreis hat sich ungefähr genauso entwickelt wie die Rundfunkgebühr – oder umgekehrt. Sie haben Recht, die KEF wurde 1975 ins Leben gerufen. Die Ministerpräsidenten setzen seit dieser Zeit in einer politischen Entscheidung die Rundfunkgebühr fest. Das hat sich damals folgendermaßen abgespielt: Die Rundfunkanstalten kamen gewissermaßen als Petenten zu den Ministerpräsidenten und haben ihnen vorgejammert, wie schrecklich alles ist und wie viel Geld sie brauchen. Die Ministerpräsidenten waren da natürlich fachlich etwas ratlos. Also haben sie sich ein Gremium geschaffen, nämlich die KEF, die sie dann fachlich beraten sollte. KEF ist für mich natürlich ein Begriff, der mir ständig und leicht über die Lippen geht, aber ich weiß, dass viele Leute nichts damit anfangen können. Manche denken auch an Joghurt, an Kefir oder so etwas. Damit haben wir nichts zu tun. Die KEF war zunächst auch darauf angewiesen, sich Methoden zu erarbeiten, wie man das überhaupt machen könnte. Sie legte dann regelmäßig alle zwei Jahre einen Bericht vor, der jedes zweite Mal, also alle vier Jahre, zu einer Gebührenerhöhung oder einer entsprechenden Empfehlung geführt hat. Die Ministerpräsidenten waren aber vollkommen unabhängig, was sie damit machen würden. Sie waren natürlich gut beraten, sich davon nicht vollständig zu lösen, denn sonst hätten sie sich ja kein Beratungsgremium schaffen müssen. Sie folgten der KEF, nicht ohne noch ein bisschen drauf zu legen: Süffisant sage ich immer, sie machten das, damit die Rundfunkanstalten wissen, wo ihre Freunde sind. Das ist natürlich böseartig, aber im Prinzip lief das damals so. Die Ministerpräsidenten waren frei, dem Votum der KEF zu folgen oder nicht.

Kastan: Und dann musste das ja immer von den Landtagen beschlossen werden. Das ist heute auch noch so.

- Conrad:** Ja.
- Kastan:** Daraus ergab sich natürlich auch die Situation, dass die Rundfunkanstalten immer in einem guten Verhältnis zu den Ministerpräsidenten leben müssen. Das müssen sie heute auch noch, denn bei aller Unabhängigkeit ist doch eine Abhängigkeit vorhanden. Man sagt ja auch, die öffentlich-rechtlichen Anstalten sind unabhängig, aber eine gewisse Abhängigkeit ist schon vorhanden, oder?
- Conrad:** Sie drücken das ganz geschickt aus: "eine Abhängigkeit bei aller Unabhängigkeit". Es ist offensichtlich, dass der Einfluss der Politik sich nicht nur auf den Feldern abspielt, wo sie eindeutige Entscheidungskompetenzen hat, sondern auch in vielen anderen Bereichen, was ich jetzt nicht vertiefen möchte. Aber man hört ja genügend darüber, wo z. B. Schwierigkeiten in der Personalauswahl entstehen. Die Politik spielt ja auch vermittels der Gremien eine Rolle, weil sie in aller Regel in den Rundfunkräten durchaus maßgebend vertreten ist. Ein gewisses Verständnis dafür, dass die Rundfunkanstalten auch auf die Politik achten, muss man schon haben.
- Kastan:** Das hat sich teilweise geändert: Nicht dass man nicht mehr auf die Politik achten müsste, sondern die Rolle der KEF hat sich geändert. 1994 gab es ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Das war in seiner Bedeutung durchaus schwerwiegend, denn bisher war die KEF nur ein Beratungsgremium gewesen; ab diesem Urteil von 1994 konnte sie Entscheidungen treffen.
- Conrad:** Das war in der Tat ein ganz gewichtiger Einschnitt. Ich erinnere mich an dieses Verfahren unter anderem deshalb, weil ich schon einmal, an meinem Geburtstag, am 30. November 1993, vor dem Bundesverfassungsgericht in dieser Angelegenheit zu plädieren hatte. Dieses Urteil hat ganz grundlegende, neue Prinzipien vorgegeben, insbesondere natürlich in der Frage der Unabhängigkeit der Entscheidung über die Rundfunkgebühren. Es wurde festgestellt, dass die Rundfunkfinanzen ein wesentliches Merkmal der Unabhängigkeit sind und dass man es deshalb, wenn ich das jetzt einmal so trocken sagen darf, nicht der Politik überlassen darf, darüber zu entscheiden, sondern dass diese Entscheidung von einer unabhängigen Institution getroffen werden muss. Man hat also gesagt, "da gibt es ja schon die KEF, die im Prinzip fachlich dazu geeignet ist; allerdings muss sie unabhängiger von der Politik zusammengesetzt werden". Das zielte darauf ab, dass früher Vertreter von Staatskanzleien Mitglieder der KEF waren. – Im Übrigen gibt es ja die Rechnungshöfe, das lasse ich ganz gerne nicht unerwähnt, die ja von Natur aus schon unabhängig sind. – Die sollen da ruhig drin bleiben, aber im Übrigen muss dieses Gremium rein fachlich orientiert zusammengesetzt werden. Dann geht es nicht nur darum, dass das Gremium als solches unabhängig ist, sondern auch darum, dass die Entscheidung, die es trifft, für die Politik verbindlich sein muss. Das ist natürlich ein Thema, das zur Zeit sehr aktuell ist. Das Bundesverfassungsgericht hat gesagt, in fachlicher Hinsicht ist die Politik an dieses Votum gebunden.
- Kastan:** Mit einer Ausnahme?
- Conrad:** Ja, mit einer Ausnahme, denn die Richter waren ja auch nicht blauäugig. Sie legten fest, dass die Politik, also zunächst die Ministerpräsidenten und dann die Länder, darauf zu achten haben, dass die Gebühr insgesamt eine angemessene Belastung der Teilnehmer nicht übersteigt.
- Kastan:** Das ist die so genannte Sozialverträglichkeit.
- Conrad:** Genau, man bezeichnet das mit dem Schlagwort "Sozialverträglichkeit". Es ist auch sehr vernünftig, dass diese Einschränkung beschlossen wurde, denn sonst könnte das theoretisch ins Uferlose wachsen. Denn die KEF hat ja nicht die Möglichkeit, die Gebühren beliebig zu begrenzen, weil sie an die

Programmautonomie der Rundfunkanstalten gebunden ist.

Kastan: Vom Prozedere ist es also folgendermaßen: Eine Periode dauert in der Regel vier Jahre. Die Rundfunkanstalten machen Vorschläge, welchen Finanzbedarf sie haben und wie viel mehr Geld sie in Zukunft brauchen. Sie haben ja vom Bundesverfassungsgericht auch eine Entwicklungsgarantie zugesprochen bekommen. Wenn ich mich recht erinnere, wurden bei der letzten Gebührenerhöhung von ARD, ZDF und Deutschlandfunk zwei Euro und ein Cent angemeldet.

Conrad: Exakt.

Kastan: Dann hat die KEF das alles geprüft und kam zu einer etwas anderen Einschätzung, nämlich zu ... Moment, ich muss auf meinen Zettel schauen ...

Conrad: Ich könnte Ihnen helfen...

Kastan: Sie kam auf einen Euro und neun Cent. Sie haben im Gegensatz zu mir diese Zahlen alle parat?

Conrad: Ja, die schon.

Kastan: Wissen Sie die aktuelle Höhe der Rundfunkgebühren?

Conrad: Ja, siebzehn Euro und drei Cent. Das wäre ja noch schöner, wenn ich das nicht wüsste.

Kastan: Das muss jeder bezahlen, der einen Fernseher und ein Radiogerät zu Hause stehen hat. Die Rundfunkanstalten melden also ihren Bedarf an und Sie prüfen das dann. In diesem Fall kamen Sie zu einem etwas anderen Ergebnis.

Conrad: Ja, nämlich zu dem Betrag von einem Euro und neun Cent, den Sie erwähnt haben. Das Verfahren, das Sie kurz angerissen haben, möchte ich nicht im Detail beschreiben, denn das ist endlos und würde uns die Zuschauer vertreiben...

Kastan: Da bräuchten wir ein paar Tage...

Conrad: Es ist so, dass die Anstalten mit ihren Anmeldungen bei uns – und insofern ist das auch verfassungsrechtlich wichtig – eigentlich die erste Säule des so genannten Drei-Säulen-Modells bilden. Sie machen sehr detaillierte Angaben darüber, was sie im Einzelnen brauchen, wofür und warum sie es brauchen und dergleichen mehr. Wir beugen uns nun also über diese Anmeldungen, teilen die Arbeit in verschiedene Arbeitsgruppen auf, und kommen dann aufgrund verschiedenster Methoden, die wir entwickelt haben, zu einem Ergebnis. Dieses Ergebnis berücksichtigt, was unter Beachtung der Programmautonomie der Anstalten und nach den Gesichtspunkten von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit wirklich erforderlich ist, damit sie ihren Auftrag erfüllen können.

Kastan: Dann wird die Gebühr festgelegt. In der Regel sollten dann – wenn ich das Bundesverfassungsgerichtsurteil richtig verstanden habe – die Ministerpräsidenten und die Landtage zustimmen.

Conrad: Ja.

Kastan: Bei der letzten Erhöhung war das allerdings alles etwas komplizierter.

Conrad: So ist es. Die Ministerpräsidenten waren aus verschiedenen Gründen mit diesem Ergebnis unzufrieden. Ich möchte das zunächst einmal nicht vertiefen, aber vielleicht werden Sie mich dazu veranlassen. Sie waren also der Meinung, der Betrag sei zu hoch, und sind herunter gegangen auf 88 Cent. Eigentlich waren es 81 Cent, aber weil die Gebührenerhöhung erst zum 1. April in Kraft treten konnte, musste sie noch um ein Vierteljahr verschoben werden und zum Ausgleich dieser Differenz wurden noch

einmal sieben Cent draufgelegt. Die Begründung für diese Abweichung hat uns nicht vollständig überzeugt. Also hat die KEF Einspruch dagegen erhoben. Damit ist natürlich nicht Einspruch im rechtsformalen Sinne gemeint. Die KEF hat also den Ländern mitgeteilt, dass wir diese Entscheidung für verfassungsrechtlich sehr problematisch halten. Gleichwohl wurde die Entscheidung getroffen und es gab daraufhin einige Debatten in verschiedenen Landtagen. Das Verfahren ist ja so, dass nach dem Entwurf des Staatsvertrags, den die Ministerpräsidenten verabschieden, die Länderparlamente das Sagen haben. Da gab es teilweise erregte Debatten. Unter anderem hat z. B. der juristische Dienst des Landtags von Sachsen ein Gutachten vorgelegt, wonach das verfassungswidrig ist. Dieses Gutachten basiert im Wesentlichen auf den gleichen Gründen, die die KEF genannt hat. Es kam aber schließlich dazu, dass der Staatsvertrag abgeschlossen wurde und von den Länderparlamenten ratifiziert wurde. Zum 1. April 2005 ist dann die neue Gebühr in Kraft getreten.

Kastan: Damit sind die öffentlich-rechtlichen Anstalten – das kann man ganz offen sagen – nicht recht zufrieden, weil es ihnen zu wenig Geld ist. Ich selbst merke das natürlich auch. Die Spielräume werden immer enger und darum bin ich bei solchen Fragen auch etwas befangen. Waren Sie denn sauer auf die Politik, als Sie gehört haben, dass die Politik nicht mit dem mitzieht, was Sie vorgeschlagen haben?

Conrad: "Sauer" sollte man im beruflichen Leben nicht sein.

Kastan: Verärgert?

Conrad: Wir waren nicht begeistert, wir waren "not amused" sozusagen, und haben das auch zum Ausdruck gebracht. Die Politik ist wiederum nicht davon begeistert, dass die KEF bei passender Gelegenheit immer wieder darauf hinweist. Wenn ich dann im Ruhestand bin, werde ich mit Spannung beobachten, wie das Ganze ausgeht. Allerdings bin ich ja bei der KEF vorläufig noch nicht im Ruhestand.

Kastan: Da werden Sie also auf alle Fälle weitermachen. Es ist bei den öffentlich-rechtlichen Anstalten noch nicht entschieden, ob man vor das Bundesverfassungsgericht zieht. Das ist alles noch unklar und man wird sehen, wie sich das weiter entwickelt. Wurde die KEF als Institution dadurch entmachtet?

Conrad: Das ist eine interessante Frage. Die Länder haben immer erklärt, dass vieles von dem, was sie in den Staatsverträgen verändert haben – es geht hier auch um Änderungen jenseits der Gebührenfrage – eigentlich zur Stärkung der KEF gedacht war. Das war also die Fahne, unter der die Länder marschiert sind. Wir goutieren diese Fahne nicht so wahnsinnig, zumal es ein paar Punkte gibt, wo wir ebenfalls verfassungsrechtliche Bedenken haben. Aber beschädigt oder nicht beschädigt, gestärkt oder geschwächt – das sind Dinge, die vielleicht in der Medienöffentlichkeit eine Rolle spielen mögen, aber nicht in unserer täglichen Arbeit.

Kastan: Das spielt für Sie also keine so große Rolle. Wie ist denn die Rolle der Politik? Hat man versucht oder versucht man da vielleicht immer wieder – ganz unabhängig von dieser letzten Auseinandersetzung – auch Einfluss auf Sie zu nehmen?

Conrad: Das kann ich im Großen und Ganzen nicht bestätigen. Unabhängigkeit – sei es bei der KEF oder auch beim Rechnungshof – ist etwas, das man leben muss. Man darf nicht jedes Mal, wenn jemand mit einer anderen Meinung anklopft und sagt, "man könnte doch dieses und jenes...", laut schreien, das sei ein Eingriff in die Unabhängigkeit. Die Leute können reden was sie wollen. Es kommt darauf an, dass man die Unabhängigkeit sozusagen im Herzen trägt und das hat die KEF im Laufe ihres langen

Bestehens internalisiert, wie es heute heißt. Dann sagen aber Politiker quasi: "Was will denn die KEF? Wir Politiker sind die vom Volk gewählten Vertreter, wir müssen das letztendlich in unseren Parlamenten entscheiden. Da lassen wir uns doch nicht von ernannten KEF-Mitgliedern sagen, was wir zu tun haben." Das ist wahrscheinlich mit ein Hintergrund für das, was sich in der letzten Zeit abgespielt hat. Es gab einige Politiker, die das als Machtverlust erlebt haben und sozusagen eine Amfortas-Wunde davongetragen haben, die nicht heilen wollte. Das war sicherlich mit ein Motiv dafür, nicht nur den Rundfunkanstalten, sondern auch der KEF einmal zu zeigen, wer das Sagen hat. Aber ein solches Motiv ist ein schlechter Ratgeber. Im Grunde könnte sich die Politik auch zurücklehnen und sagen, "das ist wenigstens ein Feld, wo wir uns auf andere berufen können, nämlich auf die vom Verfassungsgericht sanktionierte KEF". Aber Politiker haben es eben nicht gerne, dass es irgendwo etwas gibt, worauf sie keinen Einfluss haben. Sie meinen, sich für alles rechtfertigen zu müssen und glauben offenbar auch, dass es ein Zeichen von Schwäche ist, wenn man sagt, "da habe ich nichts zu sagen, das haben andere zu entscheiden".

Kastan: Aber gibt es da nicht vielleicht auch einen Konstruktionsfehler? Das Bundesverfassungsgerichtsurteil aus dem Jahr 1994 sagt, dass die KEF Entscheidungsbefugnis hat, gleichzeitig aber die Landtage zustimmen müssen. Ich kann es nachvollziehen, wenn ein Abgeordneter sagt, "dann brauche ich ja gar nicht zustimmen, wenn das sowieso schon alles feststeht".

Conrad: Das kann auch ich gut nachvollziehen. Ich habe die Debatten in den Landtagen um diese Staatsverträge erlebt. Da wurde immer sehr deutlich – und das ist auch ganz logisch –, dass große Verärgerung und Frustration darüber besteht, dass man hier einem Vertragswerk zustimmen soll, das man nicht beeinflussen kann und dem man obendrein nur in toto zustimmen kann. Es wäre ja vielleicht noch erträglich für die Parlamente, wenn sie da und dort keine Änderungsmacht hätten. Aber es ist eine ungute Situation, wenn sie nur das Ganze absegnen oder aber das Ganze verwerfen können. Ich kann absolut nachvollziehen, dass da viele frustriert sind. Es hätte auch andere Wege gegeben. Es hätte nicht unbedingt in der Form passieren müssen, dass alle Länder sozusagen zustimmen müssen. Das hat das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil auch angedeutet.

Kastan: Sie sollen einmal gesagt haben: "Die KEF ist für die Rundfunkanstalten Schutz und Hindernis zugleich."

Conrad: Ja, natürlich. Das ist ganz interessant – wenn ich ein bisschen in die Geschichte zurückgehen darf? Nach diesem Urteil haben also die Anstalten jubelt, dass sie endlich vom Joch der Politik befreit worden seien. Der Hintergrund war die Annahme, dass sie mit der KEF schon klarkommen würden. Der erste gebührenwirksame Bericht, den wir danach gemacht haben, hat pures Entsetzen ausgelöst. Das war meines Erachtens ein Stück Realitätsverlust der Rundfunkanstalten, denn sie kannten ja die KEF; die hatte sich nicht geändert und sie hat natürlich relativ penibel auf die Dinge geschaut. Damals gab es eigentlich den größten Ärger, den ich während meiner Zeit bei der KEF erlebt habe, weil uns Vorwürfe gemacht wurden, wir seien der Büttel der Politik und dergleichen mehr. Das war damals höchst unerfreulich. Es hat einiger Zeit bedurft, bis wir uns so zusammengerauft hatten, dass wieder ein entsprechender Umgang für eine konstruktive Zusammenarbeit möglich war.

Kastan: Der Jubel und die Freude der Intendanten hatte damals, glaube ich, auch noch einen anderen Grund. Man sagte: "Es ist gut, wenn die Politik in dieser Frage nicht mehr direkt das Sagen hat. Wir müssen als Journalisten auch vor allem über die Politik berichten und es ist keine günstige Situation, wenn dann immer die Ministerpräsidenten und die Landtage sagen können, wie

viel Geld wir bekommen." Man dachte, dass man mit reinen Fachleuten besser auskommen würde und man fühlte sich etwas unabhängiger. Das war die Stimmung 1994, nach diesem überraschenden Urteil des Bundesverfassungsgerichts.

Conrad: Ja, aber man hat möglicherweise die Unabhängigkeit der KEF etwas unterschätzt.

Kastan: Nun soll sich die Höhe der Rundfunkgebühren nach den Preissteigerungsraten richten, also nach dem Lebenshaltungsindex. So wollen es teilweise die Intendanten der ARD; auch der Intendant des Bayerischen Rundfunks, Dr. Thomas Gruber, will es so.

Conrad: Jetzt heißt es ja Verbraucherpreisindex.

Kastan: Genau. Sie sind dagegen?

Conrad: Ja, das basiert wiederum auf dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts und das ist auch kein Geheimnis. Herr Gruber weiß das ganz genau und ich habe mich ja auch schon öfter dahingehend geäußert. Ich bin im Wesentlichen aus zwei Gründen dagegen: zum einen, weil das Verfassungsgericht gesagt hat, dass sich die Rundfunkgebühr am Bedarf bemessen muss, also an dem, was der konkrete Bedarf der Rundfunkanstalten ist. Der muss nicht unbedingt etwas mit dem Verbraucherpreisindex zu tun haben. Es gibt viele Bereiche, in denen die Steigerungsraten unendlich viel höher sind als beim Verbraucherpreisindex. Man denke nur an die Fußballrechte und dergleichen mehr. Es gibt andere Bereiche, in denen er geringer ist. Es gibt aber vor allem viele Bereiche, in denen man mit diesem Index überhaupt nichts anfangen kann, z. B. bei der Ertragssituation der Rundfunkanstalten, die dabei vollkommen außen vor bleiben würde. Verfassungsrechtlich wäre das also sehr problematisch. Das andere ist, dass diese Koppelung mit einem weiteren Merkmal in dem geänderten Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag verbunden ist, wonach die KEF auch die gesamtwirtschaftliche Entwicklung mit einzubeziehen habe. Das ließe sich ja ungefähr vom Verbraucherpreisindex ableiten, aber das Problem ist: Wie sollen wir acht Jahre vorher wissen, wie sich die gesamtwirtschaftliche Entwicklung darstellen wird? Alle Experten, die wir bisher dazu befragt haben, schütteln bloß den Kopf und zucken mit den Schultern, denn das ist schlicht und einfach nicht möglich. Obendrein haben die Rundfunkanstalten gesagt, "Wenn wir das mit dem Verbraucherpreisindex machen, dann muss die KEF natürlich kontrollieren, ob der denn auch gepasst hat". Man will also den Grundsatz nicht aufgeben, ganz nach dem Motto "Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass". Ich halte deshalb nicht sehr viel von dieser Überlegung.

Kastan: Dazu könnte man hier im Studio ein wunderschönes Streitgespräch zwischen Dr. Gruber und Ihnen machen.

Conrad: Ich weiß gar nicht, ob es uns gelingen würde, uns wirklich zu streiten.

Kastan: Gut, schließen wir damit das Kapitel "KEF und Rundfunkgebühren" ab. Das ist ja nur ein Teil Ihres Lebens. Fangen wir einmal von vorne an: Sie sind 1940 in München geboren.

Conrad: Ja.

Kastan: Sie sind aufgewachsen, zur Schule gegangen und haben Abitur gemacht. Waren Sie ein guter Schüler?

Conrad: Ich war ein mäßiger Schüler. Weil ich jetzt gerade meine Dinge ordnen muss, habe ich zufällig wieder mein Abiturzeugnis ausgegraben und festgestellt, dass ich einen Abiturschnitt von 2,7 hatte. Ich habe das jetzt zum ersten Mal ausgerechnet, früher war das ja nicht wichtig. Für heutige Verhältnisse ist das ein miserables Zeugnis.

- Kastan:** Damit wäre es schwierig gewesen, Jura zu studieren, glaube ich.
- Conrad:** Ja, ein Jurastudium wäre damit heute schwierig. Ich muss allerdings sagen, dass die Noten damals einen ganz anderen Stellenwert hatten und die Schulen nicht bestrebt waren, möglichst gute Durchschnitte zu erzielen. Für damalige Verhältnisse war es ein überdurchschnittliches Abitur, wenn auch nicht gerade ein Spitzenabitur.
- Kastan:** Würden Sie heute noch einmal gerne in die Schule gehen?
- Conrad:** Wenn ich mir aussuchen könnte, welche Fächer mit welchen Lehrern, dann gerne.
- Kastan:** Nein, nein, in eine ganz normale bayerische Schule?
- Conrad:** Nein, solche Dinge kann man nicht wiederholen. Ich habe heute noch manchmal Albträume, in denen ich mich in einer Schulsituation wiederfinde...
- Kastan:** Ich auch.
- Conrad:** ... und dann mit Freude aufwache und feststelle, dass das ja alles längst hinter mir liegt und ich kein Abitur und auch kein Examen mehr machen muss.
- Kastan:** Sie waren und sind ein musischer Mensch. Sie haben an der Schule Theater gespielt, Sie haben gerne gemalt und Sie tun das heute wieder. Warum haben Sie sich für ein so trockenes Studium wie die Juristerei entschieden?
- Conrad:** Ich will jetzt nicht schildern, wie ich zur Juristerei kam, obwohl das vielleicht eine eigene Betrachtung wert wäre. Aber in meiner ersten Vorlesung, als ich mich noch gar nicht für Jura entschieden hatte, sondern einfach einmal schnuppern wollte, habe ich festgestellt, dass das überhaupt nichts Trockenes ist, sondern dass ich da mit einer Fülle von Lebenssachverhalten zu tun habe. Ich erinnere mich, dass der Professor, der damals die Einführungsvorlesung gehalten hat, wunderbare Erläuterungen gefunden hat, z. B. zur Beleidigung in mittelbarer Täterschaft. Er sagte: "Beleidigung in mittelbarer Täterschaft ist, wenn Sie den Papagei eines Pfarrhauses unanständige Worte lehren." Ich will damit nur sagen, dass das immer einen Bezug zu Lebenssachverhalten hat und das gilt übrigens generell für die Juristerei. Ich kann überhaupt nicht bestätigen, dass das ein trockenes Studium ist. Wenn sich aber einige Leute durch diese Vermutung davon abhalten lassen, dann schadet das nichts, denn wir haben mittlerweile genug Juristen.
- Kastan:** Sie gingen dann relativ schnell ins Finanzministerium. Haben Sie sich schon immer auch für Zahlen interessiert?
- Conrad:** Nein, es tut mir Leid, ich bin kein Zahlenmensch. Ich habe mit Zahlen zwar keine Probleme, ich kann sie mir beispielsweise besser merken als Namen. Insofern bin ich vielleicht ein Zahlenmensch. Aber mich haben nicht Zahlen interessiert, sondern Lebenssachverhalte. Ich war damals ursprünglich bei der Steuerverwaltung, weil ich vorhatte, freiberuflich tätig zu werden. Das kann man heute ganz ungeschützt sagen. Ich wollte mir auf diesem Weg das Steuerrecht aneignen. Dann kam aber das Finanzministerium mit mehreren Rufen, ich sollte doch ins Ministerium kommen. Einer davon hat bei mir verfangen: Das war nämlich ein Referat, das zunächst einmal für staatlichen Hochbau zuständig war. Dahinter verbirgt sich auf den ersten Blick nichts Besonderes. Es ging aber damals im Wesentlichen um den Aufbau der neuen Universitäten – die ganze Hochschulplanung wurde dort mit bearbeitet. Das war eine sehr spannende Geschichte und es gab sehr reizvolle Bereiche, wie z. B. die denkmalpflegerische Behandlung von alten Schlössern und dergleichen mehr. Das war also etwas, das mich so gereizt hat, dass ich angebissen habe – aber überhaupt nicht, weil es da um

Zahlen ging, sondern weil es um ganz unterschiedliche Lebenssachverhalte ging.

Kastan: 1979 sind Sie dann zum Bayerischen Obersten Rechnungshof gewechselt. Die Aufgaben des Bayerischen Obersten Rechnungshofes sind folgende: Er muss die gesamte Haushalts- und Wirtschaftsführung des Freistaats Bayern inklusive aller öffentlich-rechtlichen Einrichtungen wie z. B. die des Bayerischen Rundfunks prüfen und schauen, ob alles korrekt zugeht, ob Fehler gemacht werden und ob Einsparungspotenzial vorhanden ist. Sie geben jedes Jahr viele Papiere heraus, die auch dem Landtag vorgelegt werden. Und die Einrichtungen halten sich dann mehr oder weniger daran. Was wäre in Bayern los, wenn es Ihre Institution, den Bayerischen Obersten Rechnungshof, nicht gäbe?

Conrad: Oh – da reicht meine Fantasie nicht ganz aus, um mir das vorzustellen. Aber es ist sicher richtig, dass der Rechnungshof eine ausgleichende Funktion hat. Es ist ja so, dass im öffentlichen Werden und Geschehen immer ein paralleles Ausgleichen von Interessen oder von unterschiedlichen Rollen entscheidend ist. Dabei ist es generell sehr wichtig, dass es eine unabhängige Instanz gibt, die auf die Finanzen schaut, wenn ich das einmal so allgemein sagen darf. Es geht darum, dass diese Instanz die Möglichkeit hat, Kritik zu üben, dass sie nicht in den Weisungsstrang der Verwaltung eingebunden ist, sondern sich frei bewegen und äußern kann. Da leistet der Rechnungshof, z. B. bei der Entlastung der Staatsregierung durch das Parlament, mit seinem Bericht eine wesentliche und wichtige Vorarbeit. Sie sprachen vorhin von "vielen Papieren". Es gibt natürlich viele Papiere, aber die sind im Wesentlichen für den inneren Kreis bestimmt. Der Rechnungshof wird öffentlich, wenn er mit seinem Jahresbericht in den Landtag geht. Das wird demnächst wieder der Fall sein: Alle Jahre an Nikolaus legen wir unseren Bericht vor, der dann auch mit entsprechender Pressearbeit verbunden ist. Da wird die Öffentlichkeit wieder wach und schaut auf den Rechnungshof. Ich glaube, um es zusammenzufassen, dass unsere Funktion für einen modernen Staat unersetzlich und unerlässlich ist und dass wir auch einiges auf unsere Fahnen schreiben können, ohne uns auf der anderen Seite zu überschätzen. Wenn man seinen Einfluss von vornherein überschätzt, kann man in diesem Geschäft auch einige Frustrationen erleiden.

Kastan: Sie müssen unabhängig und objektiv sein, oder Sie müssen zumindest immer versuchen, das zu sein.

Conrad: Das ist richtig.

Kastan: Ob man das immer sein kann, sei einmal dahingestellt. Das ist wie bei Journalisten, die ja auch immer objektiv sein sollen. Ich glaube, so einfach ist das nicht. Die Einflussnahme von Seiten der Politik ist dadurch begrenzt, dass z. B. der Präsident des Bayerischen Obersten Rechnungshofes auf zwölf Jahre gewählt wird und innerhalb dieser zwölf Jahre nicht gekündigt oder abgewählt werden kann, es sei denn, er hätte die sprichwörtlichen goldenen Löffel gestohlen. Das hat es aber bisher noch nicht gegeben. Schafft so etwas Unabhängigkeit?

Conrad: Um diese Frage zu beantworten, muss man sich die Konstruktion des Rechnungshofes insgesamt ansehen. Das Entscheidungsgremium des Rechnungshofes, das so genannte "Große Kollegium", besteht aus all denjenigen, die Mitglieder des Rechnungshofes sind. In unserem Fall sind das 16 Leute. Der Präsident ist Primus inter Pares. Er ist die einzige Figur, auf deren Auswahl der Ministerpräsident und der Landtag Einfluss haben; früher war es ja nur der Ministerpräsident und der Landtag musste zustimmen. Natürlich will der Ministerpräsident sich bei der Wahl nicht unbedingt eine Laus in den Pelz setzen, aber er muss schon darauf achten, dass sein Kandidat für die Öffentlichkeit vermittelbar ist. So kam es, dass

nie gewissermaßen Parteiapparatschiks diese Position bekleideten. Aber selbst wenn dem je so gewesen wäre – der Präsident des Obersten Rechnungshofes hat im Kollegium eben nur eine Stimme. Bei Stimmengleichheit hätte er zwar die Entscheidung, aber das ist ja in der Regel nicht der Fall. So ist sein Einfluss durchaus begrenzt. Im großen Bereich des Kollegiums hat der Rechnungshof sozusagen ein Selbstergänzungsrecht. Er sucht sich die Mitglieder selbst aus, auf Basis von Beratungen und Vorschlägen, die aus dem Kollegium kommen oder auch von woanders her. Diese werden dann intern beraten. Der Präsident muss, wenn er jemanden zur Ernennung vorschlägt, das Kollegium hören. Dem Vorschlag des Präsidenten des Rechnungshofes muss der Ministerpräsident bei der Ernennung folgen, oder sagen wir es so: Er kann nicht davon abweichen.

Kastan: Nun ist die Aufgabe dieser Einrichtung eigentlich immer wichtiger geworden, denn in den letzten Jahrzehnten hat der Staat viel zu viel Geld ausgegeben, mehr, als er eingenommen hat. Warum ist es, nach Ihrer Einschätzung, nicht nur für den Staat, für das Land, für den Bund, sondern auch für die Kommunen, für öffentlich-rechtliche Einrichtungen jeglicher Art, so schwierig, Einnahmen und Ausgaben in Einklang zu bringen?

Conrad: Das ist eine Frage, die tief in das Verständnis von Politik hineinführt. In der Geschichte der Bundesrepublik gab es ja Zeiten, in denen es noch einen Juliusturm gab. Da hat man Geld lieber aufgehoben, als es auszugeben. Im Laufe der Zeit sind natürlich auch die Aufgaben gewachsen, das ist keine Frage. Aber die Versuchung der Politik, mit öffentlichem Geld – ich will nicht sagen verantwortungslos, aber vielleicht nicht immer im Sinne des Wohles der Bürger, sondern manchmal doch eher im Hinblick auf ihre Wiederwahl – etwas lockerer umzugehen, ist immer größer geworden. Es gab ja auch Theorien, die sagten, es sei ein Wahnsinn, wenn der Staat nicht mehr Geld ausgäbe, als er einnähme; damit könne man ja beispielsweise keine Konjunkturpolitik machen oder überhaupt die wichtigen Aufgaben nicht voranbringen. Das hat im Laufe der Zeit dazu geführt, dass wir heute vor einem Schuldenberg stehen, den sich niemand vorstellen kann. Ich habe vor einiger Zeit in einem Beitrag des schleswig-holsteinischen Rechnungshofes, glaube ich, gelesen, wie viele Schulden allein das kleine Land Schleswig-Holstein hat: Wenn es täglich eine Million Euro zurückzahlen würde, bräuchte es 35 Jahre, um diesen Berg abzutragen. Das ist ein kleines Beispiel, damit man sich das vorstellen kann. Ich persönlich – das ist jetzt keine offizielle Äußerung des Rechnungshofes – bin der Meinung, dass dieser Berg überhaupt nicht mehr beherrschbar ist. Es wird auch eines Tages der Zeitpunkt kommen, wo der Staat Schwierigkeiten haben wird, Geld aufzunehmen. Denn man muss ja auch jemanden finden, der einem etwas leiht. Bei den riesigen Summen, die mittlerweile aufgelaufen sind, kann es schon den einen oder anderen geben, der sagt, "das treibt ja auf den Bankrott zu, da ist mir mein Geld zu schade".

Kastan: Was schlagen Sie vor?

Conrad: Die Situation ist im Moment außerordentlich schwierig, das ist überhaupt keine Frage. Sie wissen, dass Ministerpräsident Stoiber in Bayern einen harten Sparkurs gefahren hat. Er war deshalb vielen Anfeindungen ausgesetzt, denn er hat das Ziel verkündet, im Jahr 2006 einen Haushalt mit Null zusätzlichen Schulden zu fahren. Man kann über die Politik der Bayerischen Staatsregierung urteilen wie man will – das will ich hier nicht ausbreiten; aber ich denke, dass an diesem Ziel kein Weg vorbeiführt. Es wird wirklich notwendig, wenn es auch mit Heulen und Zähneklappern sein sollte, sich von vielem zu verabschieden, was ganz praktisch war und gewohnter Status geworden ist. Ohne ein drastisches Zurückfahren der Staatsaufgaben schlittern wir in den Bankrott.

- Kastan:** Für die Konjunktur kann es aber doch manchmal notwendig sein, dass der Staat wieder mehr Geld ausgibt.
- Conrad:** Die so genannten Konjunkturprogramme, die es früher, in den siebziger und achtziger Jahren gab, haben ihren Zweck eigentlich nicht erfüllt. Sie haben häufig nur Strohfeuer entfacht und sie haben teilweise dazu geführt, dass Kapazitäten wie z. B. auf dem Bausektor ausgeweitet wurden, die langfristig einfach zu groß waren.
- Kastan:** Sie haben vorhin schon erwähnt, dass Sie demnächst einen runden Geburtstag haben, nämlich den 65. Sie hören beim Bayerischen Obersten Rechnungshof auf; bei der KEF, der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfes der Rundfunkanstalten, um das noch einmal in der ganzen Länge zu erwähnen, werden Sie vorläufig weitermachen. Freuen Sie sich auf den Ruhestand?
- Conrad:** Das ist eine zwiespältige Geschichte. Einerseits nimmt man natürlich von Aufgaben, die man sehr, sehr lange und engagiert, wie ich denke, wahrgenommen hat, ungern Abschied. Das ist ganz klar und das wird auch eine Umgewöhnung werden. Auf der anderen Seite freue ich mich natürlich schon darauf, dass ich, zumindest was den Rechnungshof angeht, nicht mehr solche Aktenberge durcharbeiten haben werde. Ich freue mich auch darauf, dass ich in meiner Lebens- und Freizeitgestaltung unabhängiger bin und ich habe auch überhaupt keine Probleme, die Zeit auszufüllen. Insofern habe ich ein lachendes und ein weinendes Auge.
- Kastan:** Sie sind ja auch engagierter Großvater.
- Conrad:** Ja, so ist es.
- Kastan:** Sind Sie ein guter Opa?
- Conrad:** Oh – da müssen Sie die Kinder fragen, soweit die schon in der Lage sind, das zu artikulieren. Meine älteste Enkelin jubelt jedenfalls immer ziemlich laut, wenn Sie den Opa sieht. Ich denke, dass das ein gutes Zeichen ist.
- Kastan:** Opas sind ja meist großzügig.
- Conrad:** Klar, das ist ja auch etwas, worauf ich mich schon lange freue: Ich habe sozusagen die Freiheit, die Kinder zu verwöhnen. Ich werde davon nur eingeschränkt und mit Augenmaß Gebrauch machen, aber es ist schon sehr erleichternd, wenn man sich nicht mehr für jedes Verhalten der Kleinen verantwortlich fühlen muss.
- Kastan:** Sind Sie selbst begeisterter Fernsehzuschauer und Radiohörer?
- Conrad:** Fernsehzuschauer auf keinen Fall. Mein Fernsehkonsum ist, einmal abgesehen von den Nachrichten, eher zufällig und führt in aller Regel – nicht immer, aber häufig – auch zu Verärgerung. Im Übrigen ist Fernsehen, neben einem anderen Medium, nämlich dem Computer, für mich einfach ein Zeitfresser. Ich musste mich ja umgewöhnen und mich für die Zukunft vorbereiten. All das, was früher im Büro gelaufen ist, womit ich in der Tiefe nichts zu tun hatte, was ich meiner Sekretärin oder Mitarbeitern überlassen konnte, muss ich jetzt selbst machen. Dabei stelle ich fest, dass auch der Computer ein unglaublicher Zeitfresser ist, denn häufig macht er nicht das, was er soll. Dann möchte man natürlich wissen, warum er nicht macht, was er soll, und kommt schließlich im Internet vom Hundertsten ins Tausendste. Da merke ich schon, dass ich Maß halten muss, denn ich will mir meine Zeit nicht auffressen lassen – so viel zum Fernsehen. Hörfunk ist für mich ein ständiger Begleiter, unter anderem höre ich die von Ihnen verantwortete Welle, aber auch Bayern 4 oder gelegentlich Deutschlandradio. Da bin ich aktiver Hörer, und zwar bei verschiedensten Gelegenheiten. Ich bin allerdings ein eher passiver Hörer und habe manchmal ein schlechtes Gewissen, dass ich beim Arbeiten eine Sinfonie laufen lasse. Wahrscheinlich ist das nicht de lege artis, aber das gehört eben auch zu

mir.

Kastan: Wir haben bereits erwähnt, dass Sie gerne malen. Sie haben wieder angefangen, als Sie 50 wurden. War das Zeichen einer Midlife-Crisis? Das soll ja in diesem Alter jeder haben.

Conrad: Wenn Sie so wollen, ist das so. Es ging mir damals gesundheitlich nicht sehr gut und ich hatte einige Zeit in einem Sanatorium verbracht. Dort gab es die verschiedensten Beschäftigungsangebote, unter anderem eben künstlerische Gestaltung. Da habe ich das wieder aufgenommen und dann mit sehr viel Engagement betrieben. Zurzeit ist das wegen der vielfältigen anderen Aufgaben ein bisschen in den Hintergrund getreten, aber ich hoffe schon, dass ich wieder vermehrt dazu kommen werde.

Kastan: Sie malen ja ganz unterschiedlich, surrealistisch teilweise, aber auch Landschaftsbilder. Was macht Ihnen am meisten Spaß?

Conrad: Das kann ich eigentlich gar nicht sagen. Es ist in der Regel so, dass eine Idee entsteht, die dann umgesetzt wird. Diese Idee kann also eine naturalistische, eine abstrakte, oder – wie Sie sagten – surrealistische Gestalt gewinnen. Dabei ist das Surrealistische quasi mein Lieblingsgenre. Aber ich bin tatsächlich unabhängig. Ich habe zwei Ausstellungen gehabt und die Leute sagten, "es ist toll, wie unterschiedlich das alles ist". Da ich ja nichts verkaufen muss, habe ich eben einfach das Privileg, mich immer so artikulieren zu können, wie es mir gerade in den Sinn kommt. Das, was für Künstler als Professionelle wichtig ist, nämlich sozusagen eine Wiedererkennbarkeit haben, das muss ich nicht. Und deshalb entsteht ganz Unterschiedliches.

Kastan: Wollen Sie das Ganze jetzt, wo Sie mehr Zeit haben, denn etwas professionalisieren? Arbeiten Sie auf mehr Ausstellungen hin und wollen Sie dann vielleicht auch mehr verkaufen?

Conrad: Das wird man sehen. Mit dem Verkaufen habe ich meine Probleme. Es ist so, dass mir manche Dinge besonders gut gefallen. Die will ich dann nicht hergeben. Bei anderen Dingen, die mir nicht so gut gefallen, möchte ich nicht die Verantwortung dafür übernehmen, dass das jemand zu Hause hängen hat und vielleicht noch etwas dafür bezahlt hat. Bei der letzten Ausstellung habe ich an meine ganzen Lieblinge einen roten Punkt gemacht und die Leute sagten, "schade, dass das schon verkauft ist", und die anderen Bilder wollten sie nicht haben. So ist das eben. Aber das ist wirklich kein Problem.

Kastan: Sie können also damit leben?

Conrad: Absolut.

Kastan: Was malen Sie aktuell?

Conrad: Aktuell male ich gar nichts. Zuletzt ist ein Bild entstanden, das absolut abstrakt ist, aber in sehr optimistischen Farben gestaltet ist. Deshalb habe ich es auch als Umschlag für die Einladung zu meinem Abschiedsfest gewählt.

Kastan: Auch ein KEF-Bericht wurde schon mit einem Bild von Ihnen geschmückt. An dieser Stelle sollten wir erwähnen, dass Sie das kostenlos gemacht haben. Auch im Bayerischen Obersten Rechnungshof hängen einige Ihrer Bilder.

Conrad: Das ist richtig, dort hängen sogar ziemlich viele. Gott sei Dank sagt der Präsident, "lassen Sie doch ein paar Bilder hier". Das ist gut so und das mache ich auch gerne. Ich wüsste sonst nicht wohin damit. Was die KEF-Berichte angeht: Die Umschläge habe ich immer gestaltet und ich habe mich auch immer bemüht, einen gewissen Bezug zur jeweiligen Situation herzustellen. Das ist mir für den nächsten KEF-Bericht ein bisschen schwer

gefallen, weil die Situation so undurchsichtig ist, wie sie noch nie war. Ich hatte bereits einen Entwurf, den ich wieder wegwerfen musste, weil sich die Situation schon wieder geändert hatte. Jetzt ist mir etwas eingefallen, was sozusagen krisensicher ist. Ich hoffe, dass das klappt.

Kastan:

Wir lassen uns überraschen. Ich bedanke mich für das Gespräch. Zu Gast in alpha-forum war heute Rainer Conrad, Chef der KEF, der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten, stellvertretender Präsident des Bayerischen Obersten Rechnungshofes und Hobbykünstler.